

Pressemitteilung

Unser täglich Brot gib uns heute:
zur prekären Situation von Musiklehrerinnen und Musiklehrern

Anlässlich der geplanten Verschlechterung der Honorarbedingungen an den öffentlichen Musikschulen in Berlin, die heute im Berliner Abgeordnetenhaus diskutiert wird, fordert der Deutsche Musikrat die Berliner Abgeordneten und den Senat zu einer grundlegenden Verbesserung der Rahmenbedingungen für die instrumentale und vokale Bildung an den öffentlichen Musikschulen auf. Die Entwicklung der sozialen Situation von Musiklehrerinnen und Musiklehrern an öffentlichen Musikschulen wird bundesweit mit Sorge beobachtet.

Hierzu **Christian Höppner**, Generalsekretär des Deutschen Musikrates: „Berlin trägt seit Jahren die rote Laterne im Bereich der Musikalischen Bildung. Neben kürzungsbedingt überproportional langen Wartelisten sind vor allem die Arbeitsbedingungen für die Honorarkräfte an den öffentlichen Musikschulen indiskutabel. Der einvernehmlich verabschiedete Forderungskatalog des Runden Tisches ‚Berliner Musikschulen‘, an dem auch Abgeordnete aller im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien teilnahmen, wird mit der geplanten neuen Honorarordnung untergraben.

Seit Jahren hat das Desinteresse des Regierenden Bürgermeisters **Klaus Wowereit** und der jeweils zuständigen Senatoren für Musikalische Bildung zu einer insgesamt desaströsen Situation in der Musikalischen Bildung geführt. Die neue Koalition ist nun gefordert, eine grundlegende Trendwende in der kulturellen Bildungspolitik einzuleiten, die jedem Kind und Jugendlichen die Chance auf einen qualifizierten und kontinuierlichen Musikunterricht eröffnet. Dafür sind verlässliche Rahmenbedingungen und eine auskömmliche Honorierung der hochqualifizierten Fachkräfte an den öffentlichen Musikschulen unabdingbar.

Ich appelliere an den Senat, eine klare Prioritätensetzung zugunsten der Musikalischen Bildung in der Kulturmetropole Berlin zu formulieren und damit bundesweit ein deutliches Signal für die Sicherung der Musikalischen Bildung an öffentlichen Musikschulen zu setzen.“

Berlin, 16. Februar 2012